

#Experimente_D

Demokratie: neu denken, partizipativ handeln

Dokumentation des Fachtags zur Erneuerung der Demokratie
am 25.+26.03.2022 in Koblenz

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

KOBLENZ
VERBINDET.

Kultur- und
Schulverwaltungsamt



FORSCHUNGSSTELLE
WISSENSTRANSFER



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

Organisiert wurde der Fachtag von Universität und Stadt Koblenz, Mitglieder der Arbeitsgruppe waren: Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert (Universität Koblenz-Landau), Clara Jung und Christina Hennes (Koordinierungs- und Fachstelle Partnerschaft für Demokratie Koblenz, Kultur- und Schulverwaltungsamt), Martin Rüttgers (IDEMO Institut für Demokratiep politik und Organisationsberatung), Hannah Hagmann (Projektkoordination). Bei der Durchführung unterstützt haben Lena Becker, Julian Häuser, Dario Lehmler, Catharina Mosca und Nora Schott. Moderatorin Anke Bruns hat bereits im Vorfeld durch ihre kompetente Unterstützung und Beratung zum Gelingen des Fachtags beigetragen.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Inhalt

1

4
6

2

8
10

3

12
14
16

4

18
25

5

26
28
31

6

Konzept

Am 25. und 26. März fand in Koblenz der erste Fachtag zur Erneuerung der Demokratie statt. Organisiert wurde er von der Partnerschaft für Demokratie Koblenz sowie dem Fachbereich 2: Philologie/Kulturwissenschaften und der Forschungsstelle Wissenstransfer der Universität Koblenz-Landau. Moderiert wurde der Fachtag von Anke Bruns. Ziel war es, Ansätze neuer demokratischer Beteiligungsformen zu erörtern und Vorschläge für mehr Beteiligung in Koblenz zu entwickeln.

Koblenz ist eng mit der Entstehungsgeschichte der Demokratie in der Bundesrepublik verbunden: 1948 fanden auf dem Koblenzer Rittersturz Beratungen zur Verfassung des deutschen Grundgesetzes statt. Aber auch in Koblenz sind die Veränderungen der demokratischen Kultur in Deutschland und Europa zu spüren: 2017 trafen sich Europas führende Rechtspopulisten in der Rhein-Mosel-Halle. Um diesen Veränderungen entgegenzuwirken, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Koblenz zu stärken und die Demokratie aktiv zu erneuern, gibt es in Koblenz zahlreiche Projekte, Veranstaltungen und Bündnisse, die sich für mehr Demokratie einsetzen.

Seit 2018 wird die Stadt Koblenz als Partnerschaft für Demokratie (PfD) durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. So können Projekte und Veranstaltungen vor Ort umgesetzt werden, die das Ziel haben, die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement und Handeln für Demokratie und Toleranz zu stärken und Extremismus vorzubeugen. Neben den jährlich stattfindenden Koblenzer Wochen der Demokratie (KWdD) finden auch zahlrei-

che andere Projekte in Koblenz statt. Eines davon ist der Fachtag zur Erneuerung der Demokratie, der im März 2022 zum ersten Mal stattfand.

Ausgangspunkt des Fachtags war die Frage, ob es außer Wahlen und Mitarbeit in Parteien noch andere Formen der politischen Mitbestimmung geben kann und sollte. Demokratie besteht nicht nur aus der Überlegung, wie Mehrheitsverhältnisse zustande kommen, sondern auch aus unserer Verfassung, in der klar vorgegeben ist, dass sich die deutsche Demokratie als antifaschistisch, pluralistisch, freiheitlich und rechtsstaatlich auf der Grundlage der Würde des Menschen versteht. Dennoch sind die Verfahren der

politischen Willensbildung und deren Übersetzung in konkrete Politik zentrale Fragen jeder Demokratie. Die Beschränkung der Mitarbeit auf Wahlen und Abstimmungen, wie es im Grundgesetz §20, Absatz 2 heißt, ist verschiedentlich kritisiert worden, mehr Partizipation und direkte Wahlen wurden gefordert. Allerdings hat der Brexit gezeigt, dass direkte Wahlen mit knappem Ergebnis nicht unbedingt immer die beste Lösung sind. Doch welche Lösungen und neue Formen gibt es hier?



Moderatorin Anke Bruns zusammen mit PD Dr. Margit Theis-Scholz, Prof. Dr. Stefan Wehner (Vizepräsident der Universität) und Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert (Dekan Fachbereich 2 und Leiter der Forschungsstelle Wissenstransfer).



Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert und Martin Rüttgers (IDEMO) erläutern ihre Ideen für mehr demokratische Beteiligung in Koblenz.

Welche Experimente könnten wir oder sollten wir wagen, um die Demokratie zu erneuern? Für den Fachtag lautet das Motto daher „Demokratie: neu denken, partizipativ handeln“. In diesem Thema stecken einige grundlegende Fragen: Die Stimme, die ich in der Wahl abgebe, soll auch danach nicht verstummen, sondern weiterhin vernehmbar sein. Wir wollen deshalb fragen, welche Stimmen hörbar sind und welche gerade nicht? Wie können sich die Stimmen in der Demokratie artikulieren und wo stellt die Artikulation ein Hindernis dar? Und wenn sich Stimmen artikulieren, auf welche Resonanz stoßen sie in der Demokratie, welche Resonanzräume müssen in der Demokratie vielleicht erst noch geschaffen werden? Und wie kann dies dann zu einem gemeinsamen politischen Handeln führen?

In jüngster Zeit sind einige neue Ideen dazu vorgestellt worden, am bekanntesten sind die sogenannten „Bürgergeräte“. Zahlreiche Initiativen, Gruppen und Vereine entwickeln innovative Partizipationsmöglichkeiten und Ideen für mehr demokratische Mitbestimmung. Einige davon sollten im Rahmen des Fachtags vorgestellt werden und als Inputs aus der Praxis für Koblenz dienen. Dazu wurden Vertreter:innen der Vereine *Mehr Demokratie, mehr als wählen* und *Liquid Democracy* eingeladen. Die wissenschaftliche Rahmung des Fachtags erfolgte durch den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Roland Roth, der sich mit den Themen Demokratie und Partizipation auseinandersetzt, sowie der Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ina Kerner, die sich u.a. mit Demokratie aus postkolonialer Perspektive beschäftigt.

Das Ziel des Fachtags bestand zum einen aus konstruktiven Inputs aus Wissenschaft und Praxis, zum anderen lag es darin, die Teilnehmenden aus den Bereichen der Koblenzer Verwaltung, Stadtspitze, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft zu vernetzen,

zum Austausch zu gelangen und so eine wechselseitige Inspiration aller Beteiligten zu erreichen. Der Fachtag diene so als Impulsgeber für mehr Miteinander, mehr Beteiligung und mehr Demokratie in Koblenz. Es wurden neue Denkanstöße gegeben für Projekte, die in Koblenz umgesetzt werden können und neue Verbindungen wurden geknüpft.



Moderatorin Anke Bruns (rechts) im Gespräch.



Marie-Kathrin Siemer von Liquid Democracy im Gruppengespräch über digitale Beteiligung.



PD Dr. Margit Theis-Scholz (Dezernentin für Bildung und Kultur der Stadt Koblenz) spricht darüber, was Beteiligung für sie bedeutet.

Ablauf

Am ersten Tag wurden Impulse aus der Wissenschaft und Praxis für die Diskussion neuer Beteiligungsformen in Koblenz gegeben. Es wurden konkrete Vorschläge entwickelt, die dann am zweiten Tag gemeinsam mit den Akteur:innen aus Koblenzer Verwaltung, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen eines World Cafés diskutiert wurden. So konnten bestimmte Themen für Koblenz herausgearbeitet werden, die umgesetzt werden sollen.

Freitag, 25.03.2022

15:00 Begrüßung

Die Veranstalter:innen im Gespräch mit Moderatorin Anke Bruns

PD Dr. Margit Theis-Scholz, Dezernentin für Bildung und Kultur Stadt Koblenz

Prof. Dr. Stefan Wehner, Vizepräsident Universität Koblenz-Landau

Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert, Universität Koblenz-Landau

15:10 Beteiligung des Auditoriums

15:15 Input aus der Wissenschaft

Prof. Dr. Roland Roth

Prof. Dr. Ina Kerner

Vortrag von Politikwissenschaftler Prof. Dr. Roland Roth zur aktuellen Forschung zu Beteiligungsverfahren. Kommentar von Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ina Kerner.

16:00 Diskussion der Inputs

16:15 PAUSE

16:30 Input aus der Praxis

mehr als wählen e.V.

Laura Taufkirch berichtet von der Arbeit des Vereins *mehr als wählen e.V.*, der u.a. auch den jährlich stattfindenden Demokratiekonvent in Frankfurt organisiert.

17:00 Input aus der Praxis

Liquid Democracy e.V.

Marie-Kathrin Siemer und Frederik Wegener berichten von der Arbeit des Vereins *Liquid Democracy*, der innovative Konzepte für demokratische Beteiligung entwickelt.

17:30 Input aus der Praxis

Mehr Demokratie e.V.

Achim Wölfel vom Landesverband NRW berichtet von der Arbeit des Vereins *Mehr Demokratie e.V.*, der sich u.a. für das Recht auf Volksabstimmung einsetzt.

18:00 Vorschläge für Koblenz

An Stellwänden werden konkrete Vorschläge für mehr Beteiligung gesammelt, die am nächsten Tag diskutiert werden sollen. Die Teilnehmenden bepunkteten einzelne Vorschläge, die sie besonders unterstützen. Gemeinsam soll dann diskutiert werden, welche Vorschläge, Ideen, Ansätze am nächsten Tag mit den Teilnehmenden aus Stadtverwaltung, Bildung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für Koblenz vertieft werden sollen.

19:30 Ende

Samstag, 26.03.2022

10:00 Begrüßung und Vorstellung

Die Moderatorin Anke Bruns begrüßt die Teilnehmenden und macht eine kurze Vorstellungsrunde. Anschließend werden die Ergebnisse des Vortags zusammengefasst.

10:40 Rundgang an Themeninseln

Die Vorschläge, die am Vortag erarbeitet wurden, werden vorgestellt. Die Teilnehmenden aus den Bereichen Stadtverwaltung, Wirtschaft, Bildung und Koblenzer Zivilgesellschaft können diese mit Anmerkungen versehen und ergänzen.

11:40 PAUSE

12:00 World Café

In Kleingruppen soll diskutiert und erarbeitet werden, welche Vorschläge man für Koblenz auf den Weg bringen kann.

13:45 PAUSE

14:30 Podiumsdiskussion

Die Ergebnisse des World Cafés werden mit Auditorium und Podium diskutiert. Auf dem Podium sind vertreten: Stadtvorstand, Koblenzer Wirtschaft, Koblenzer Bildung, Koblenzer Zivilgesellschaft.

15:30 Konkrete Vereinbarungen

Gemeinsam werden weitere Schritte für mehr Beteiligung in Koblenz vereinbart.

15:50 Feedbackrunde

16:00 Ende

Die Perspektive der Stadtverwaltung und städtischen Gremien wurde vertreten von:

PD Dr. Margit Theis-Scholz, *Dezernentin für Bildung und Kultur*

Beate Oster, *Integrationsbeauftragte*

Carsten Dohms, *Statistikstelle*

Laura Wirsching und Emila Berg, *Jugendbüro*

Prof. Dr. Heinz-Günther Borck, *Seniorenbeirat*

Gordon Gniewosz, *Beirat für Migration und Integration*

Maria Anna Hartmann, *Beirat für Migration und Integration*

Christina Hennes, *Bildungsbüro*

Die Koblenzer Bildung wurde vertreten von:

Erwin Lenz, *Regionalelternsprecher Koblenz*

Die Zivilgesellschaft in Koblenz wurde vertreten von:

Beatrix Sieben, *ISSO-Institut*

Marie-Theres Schwaab, *Lesen & Buch e.V.*

Michaela Wolff, *Stadtgrün Lützel*

Christine Zintz und Andreas Bettingen, *Django Reinhardt Music Friend*



World Café: Die Teilnehmer:innen diskutieren in Kleingruppen u.a. auch das Thema Bürgerrat.

Die Koblenzer Wirtschaft wurde vertreten von:

Jochen Kaul, *Particulate Solutions*

Die Koblenzer Wissenschaft wurde vertreten von:

Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert

Prof. Dr. Christian Geulen

Prof. Dr. Ina Kerner

Demokratie erneuern

Prof. Dr. Roland Roth

war bis 2015 Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendahl und ist Mitbegründer des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ in Köln. Er beschäftigt sich mit den Themen Demokratie und Partizipation und war u.a. sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“.

Roland Roth ging der Frage nach, warum es überhaupt eine Erneuerung der Demokratie braucht. Er sprach von einem weltweiten Stimmungswechsel, die Demokratien seien unter Druck geraten. Autoritäre Rückbildungen und rechtspopulistische Mobilisierungen stellten für Roth eine Herausforderung für unsere Demokratie dar. Diese wiese einige Funktionsdefizite auf. So werde die repräsentative Demokratie durch soziale Selektivität geprägt: bei der (niedrigen) Wahlbeteiligung, aber auch bei der Zusammensetzung der Parlamente, in denen bestimmte Gruppen stark unterrepräsentiert seien, bspw. Frauen, junge Menschen oder Menschen mit Migrationsgeschichte. Es hätten sich erhebliche Mängel in der Repräsentation, Responsivität, Verantwortlichkeit und Legitimation parlamentarischer Politik angesammelt. Allgemein fehle jedoch ein Krisenbewusstsein auf Seiten der Politik und eine breite Aufbruchsstimmung.

Vielfältige Demokratie

Wie nun kann diesen Trends entgegengewirkt werden, wie kann der Prozess der Erneuerung gestaltet werden? Eine angemessene Reformagenda bestünde für Roth aus partizipativem und transparentem Regieren, einer stillbildenden parlamentarischen Debattenkultur, offenen und bürgernahen Parteien und einer bürger:innenfreundlichen und zivilgesellschaftlichen Verwal-

tungskultur. Roth sprach hier auch von der Idee einer „vielfältigen Demokratie“, die sich im letzten Jahrzehnt etablieren konnte. Diese ergänze die repräsentativen Formen mit dialogischer und direktdemokratischer Beteiligung. Reformanstrengungen könnten auf gestiegene Beteiligungsansprüche innerhalb der Bevölkerung aufbauen, immer mehr Menschen wollten mehr Einfluss auf die Politik, wollten sich beteiligen und gerade auch auf kommunaler Ebene an Entscheidungen mitwirken.

Direkte Demokratie

Wenn es um direkte Demokratie gehe, so werde von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene und Volksbegehren und Volksentscheiden auf Länderebene nur wenig Gebrauch gemacht, außer in Bayern und Baden-Württemberg, wo vergleichsweise viele Verfahren durchgeführt würden. Für Roth stellten diese Mittel ein wichtiges Korrektiv dar, seien aber bei geringer Teilnahme und Durchführung nur von eingeschränkter demokratiepolitischer Bedeutung. Auch Bürgerhaushalte seien in Deutschland eine kommunale Randerscheinung. Dagegen stellten sog. Bürgerbudgets ein Stück direkter Demokratie dar, sie verbinden Gestaltungsideen aus der Bevölkerung mit einer Umsetzungsgarantie und einem Vertrauensvorschuss, so Roth.

Deliberate und dialogische Demokratie

Im Bereich der deliberaten und dialogischen Demokratie sei die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung jedoch groß, an Angeboten wie Bürgerräten teilzunehmen. In der Vergangenheit seien zahlreiche Beteiligungsformate entwickelt worden, in deren Zentrum Meinungsbildungsprozesse und Politikberatung durch Bürger:innen stehen. Hier bestehe – im Vergleich zu Wahlen – die Möglichkeit, bestimmte Themen und Ansichten in den Politikprozess einzubringen. Es könne auch über solche Formate die Akzeptanz und das Vertrauen in die Politik gestärkt werden.



Prof. Dr. Roland Roth spricht von Beteiligung aus wissenschaftlicher Sicht.

Proteste

Eine weitere Möglichkeit, der eigenen Stimme in unserer Demokratie Gehör zu verschaffen, sei der Protest, wobei Roth anmerkte, dass nicht jeder Protest prodemokratisch sei, bspw. Aufmärsche von Rechtsextremen oder „Querdenkern“. Proteste seien nur dann produktiv für die Demokratie, wenn sie selbst demokratisch und gewaltfrei seien und ihre Themen in der institutionellen Politik auf Resonanz treffen würden, wie bspw. bei Fridays for Future.

Ehrenamt und freiwilliges Engagement

Auch freiwilliges und ehrenamtliches Engagement verfüge über große Gestaltungskraft, so Roth. Die Bereitschaft sich freiwillig und ehrenamtlich zu engagieren sei besonders in Krisensituationen hoch. Von Bund und Ländern gebe es immer mehr Förderungen von Engagement und Formaten, die die lokale Demokratie stärken sollen.

Alltagsdemokratie

Aber auch auf der Alltagsebene lasse sich die Demokratie erneuern. Immer mehr Institutionen, Familien, Schulen oder Kindergärten seien geprägt von demokratischen Mitgestaltungsoptionen, es gebe kaum noch einen Lebensbereich, der sich der Tendenz Richtung Alltagsdemokratie entziehen könne, so Roth.

Kommunale Demokratie

Auf kommunaler Ebene gebe es besonders viel Fortschritt, was das Angebot partizipativer Möglichkeiten angehe. Besonders in Baden-Württemberg habe es seit Stuttgart 21 einige Anstrengungen gegeben, die Bevölkerung frühzeitig in Planungen für z.B. Infrastrukturprojekte einzubeziehen. Roth erkannte aktuell im Bereich der kommunalen Bürger:innenbeteiligung das Bemühen einer stärkeren Institutionalisierung von Beteiligungsansprüchen und das Ziel einer neuen inklusiven kommunalen Partizipationskultur. Immer mehr Kommunen erarbeiteten jetzt Leitlinien und Satzungen für Beteiligung, es gebe immer mehr Partizipationsbeauftragte innerhalb der Verwaltung als Ansprechperson für Bürger:innen. Auch auf Seite der Unternehmen gebe es ein Verständnis für die Wichtigkeit von Bürger:innenbeteiligung bei der Umsetzung größerer Vorhaben.

Bürgerkommune

Die Verknüpfung von Bürger:innenbeteiligung, freiwilligem Engagement und kollaborativen Netzwerken von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung fasste Roth im Leitbild der „Bürgerkommune“ zusammen.

Für Roth entspricht die partizipative Erweiterung repräsentativer Politik den Bedürfnissen und Kompetenzen von immer mehr Menschen. Dies führe auch zu mehr Vertrauen in die regierenden Institutionen. Für Roth ist eine Politik, die auf Beteiligung und eine starke demokratische Zivilgesellschaft setzt eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Regieren.

Der Vortrag basierte auf Roland Roth: **Demokratiepolitik - Erfolge und Herausforderungen in Deutschland. Anmerkungen zum letzten Jahrzehnt, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (01/2022)**

Erneuerung - aber wie?

Prof. Dr. Ina Kerner

Professorin für Dynamiken der Globalisierung und Leiterin des Seminars Politische Wissenschaft am Institut für Kulturwissenschaft der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz. Sie beschäftigt sich u.a. mit dem Thema Demokratie aus postkolonialer Perspektive und leitet das Forschungsprojekt Diversität, Macht und Gerechtigkeit.

Als Reaktion auf Roths Vortrag führte Kerner vier Aspekte an, die bei der Überlegung nach einer Erneuerung der Demokratie noch intensiver bedacht werden müssten.

Partizipation vs. radikale Demokratie

Kerner war der Überzeugung, dass es richtig sei, über neue Beteiligungsformen nachzudenken, jedoch müsse dabei hinterfragt werden, wer die Parameter von Beteiligung festsetze, die inhaltliche Agenda bestimme und was am Ende mit den Ergebnissen von Beteiligungsverfahren passiere. Wenn Beteiligungsverfahren nur dazu genutzt würden, hierarchisch gefällten Entscheidungen einen demokratischen Anstrich zu verleihen, sei damit keine wirkliche Erneuerung gewonnen, so Kerner. Sie plädierte dafür, die Perspektive der radikalen Demokratietheorie in die Überlegungen nach Erneuerung von Demokratie mit einzubeziehen. Dies könne davor schützen, sich mit Modellen und Praktiken zufriedenzugeben, die lediglich dem Systemerhalt dienen oder die bestimmten Gruppen weiterhin die Mitbestimmung erschweren. In der radikalen Demokratietheorie gehe es um Bewegungen und Bestrebungen, Gleichheit und Freiheit auch für die Menschen zu gewinnen, die bisher am Rand der etablierten Ordnung stehen und selten bis nie mitgemeint sind. Hier verwies sie auf den Begriff des



Prof. Dr. Ina Kerner bringt vier Aspekte ein in die Diskussion um eine Erneuerung der Demokratie.

französischen Philosophen Jaques Rancière, der vom „Anteil der Anteilslosen“ spricht, den es zu erstreiten gelte.

Wer partizipiert eigentlich?

Kerner ging auf die von Roth erwähnte Schieflage unserer Demokratie ein. Sie stellte die Frage, inwieweit ein Mehr an partizipativen Möglichkeiten diese Schieflage (soziale Schieflage der Wahlbeteiligung, Unterrepräsentation bestimmter Gruppen in Parlamenten, fehlendes Wahlrecht von jungen Menschen und Menschen ohne deutsche oder europäische Staatsbürgerschaft) beheben können, statt sie zu reproduzieren und zu verschärfen. Sie ging hier auf das Problem von Zeit und Ressourcen ein. Vor allem Menschen, die mit Care-Arbeit betraut seien (Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege Angehöriger), hätten oft nicht genug Zeit für eine entsprechende Beteiligung. Dem müsse durch familienfreundliche Politik- und Partizipationszeiten entgegen gewirkt werden. Beteiligung könne aber auch durch die politische Kultur beeinflusst werden. So würden bestimmte Menschen von der Möglichkeit der Beteiligung ausgeschlossen bspw. durch das Reproduzieren einer hegemonialen Diskussionskultur oder eines abstrakten, rationalen Diskussionsstils, sie bezog sich hier auf die Demokratietheoretikerin Iris Marion Young, die von „internen Ausschlüssen“ spricht. Dem entgegen wirken könne man durch Praktiken der öffentlichen Anerkennung, einer positiven Haltung gegenüber affektiven Komponenten menschlicher Interaktion, dem Einbezug von Narrativen in den demokratischen Diskurs, sowie Richtlinien und Maßnahmen gegen direkte Formen der Diskriminierung (Sexismus, Rassismus).

Wohlfühl-Bubbles

Für Kerner setze radikale Demokratie und Demokratie im Allgemeinen die Fähigkeit voraus, andere Positionen als die eigene ernst zu nehmen und zu respektieren. Die demokratische Konfliktfähigkeit werde aber vor allem durch die neuen sozialen Medien nicht gefördert.

Man bewege sich in einer Art Wohlfühl-Bubble, in der keine Begegnung mit Meinungen und Positionen stattfinde, die nicht der eigenen entspräche, Personen mit anderer Meinung würden teilweise diskreditiert und angegangen. Kerner stellte die Frage, was diese fehlende Konfliktfähigkeit für die positive Erneuerung der Demokratie bedeute und welche Schritte unternommen werden müssten, um die demokratische Konfliktfähigkeit zu fördern.

Partizipation als Regierungsstrategie

Kerner ging hier auf den Punkt der Responsibilisierung ein, womit gemeint ist, dass der Staat freiwilliges Engagement stärkt und stützt. Sie nannte hier auch neoliberalismuskritische Gouvernementalitätsstudien, in denen herausgearbeitet wurde, dass der Staat seine Aufgaben an die Bürger:innen überträgt, sie responsabilisiert und sich so der Verantwortung entzieht. Kerner gab zu bedenken, dass sozialpolitische Responsibilisierung vor allem von Frauen aufgegriffen werde und sich teilweise auch explizit an Frauen richte. Dieser Punkt müsse in der weiteren Diskussion aufgegriffen werden.

Mehr Demokratie e.V.

Der Verein *Mehr Demokratie e.V.* setzt sich für direkte Demokratie und Bürger:innenbeteiligung ein und berät bei Bürger- und Volksbegehren. Außerdem wurden von der Initiative die ersten zwei bundesweiten losbasierten Bürgerräte organisiert. Der Verein ist über 14 Landesverbände organisiert und hat rund 10.000 Mitglieder und Aktive. Finanziert wird *Mehr Demokratie e.V.* aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Achim Wölfel, Leiter des Landesbüros NRW von *Mehr Demokratie e.V.* versteht kommunale Demokratie als Zusammenspiel von direkter Demokratie, repräsentativer Demokratie und deliberativer Demokratie. Ein zentraler Baustein für mehr Beteiligung ist für ihn der Bereich der direkten Demokratie. Auf kommunaler Ebene sind dies Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Für Wölfel haben solche Projekte eine Reihe positiver Wirkungen, unabhängig vom Ausgang der Verfahren. *Mehr Demokratie e.V.* berät dazu auch Bürgerbegehren in den Gemeinden und hat bereits 43 Volksbegehren und Volksinitiativen initiiert. Im Bereich der direkten Demokratie sieht Wölfel noch großen Verbesserungsbedarf.

Auch bei deliberativen Formen von Demokratie wie bspw. Bürgerräten ist seiner Meinung nach Optimierungsbedarf. Die Teilnehmer:innen solcher Räte werden per Losverfahren ermittelt und geben Empfehlungen an die Politik ab. *Mehr Demokratie e.V.* hat 2019 und 2021 jeweils einen bundesweiten Bürgerrat auf den Weg gebracht, bei dem die Teilnehmer:innen ausgelost wurden und zu einem bestimmten Thema Handlungsempfehlungen erarbeiteten. Für Wölfel haben geloste Bürgerräte den Vorteil, dass sie die Bevölkerung in ihrer Vielfalt abbilden, unterschiedliche Perspektiven einbringen und das Potenzial haben politische Blockaden zu

lösen. Solche Bürgerräte können die Teilnehmer:innen politisieren und ermächtigen und zugleich Wegweiser für die Politik darstellen.

Ein drittes Feld, in dem Wölfel Verbesserungsbedarf sieht, ist die digitale Demokratie in Deutschland. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Kommunen seien oft nicht praktikabel und inklusiv genug. Durch den Einsatz digitaler Tools könnten die Bürger:innen stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und auch vermehrt jüngere Menschen angesprochen werden. Menschen können sich zeit- und ortsunabhängig beteiligen, Entscheidungen werden transparent gemacht.

Ein Beispiel für solch ein digitales Tool ist die Open-Source-Software *Consul*, die Bürger:innenbeteiligungsprojekte ermöglicht. Die fünf zentralen Elemente der Software sind

Debatten

Consul verschafft Städten und Kommunen als Diskussionsplattform Zugang zur öffentlichen Meinung und ermöglicht den Austausch der Bürger:innen untereinander.

Vorschläge

Bürger:innen können neue Ideen einbringen und andere Ideen unterstützen.



Achim Wölfel und Ina Kuhl von Mehr Demokratie e.V./Landesverband NRW.



Consul wird in Deutschland von Mehr Demokratie e.V. betreut.

Abstimmungen

Es kann über Vorschläge von Bürger:innen und Institutionen abgestimmt werden, die Abstimmungen können dabei auch auf einzelne Stadtviertel begrenzt werden.

Bürgerhaushalte

Bürger:innen können Ausgabenvorschläge für das städtische Budget machen. Dabei stehen verschiedene Abstimmungsoptionen zur Verfügung, z.B. auf Stadtebene, im Stadtviertel oder im Landkreis.

Kollaborative Prozesse

Bürger:innen können an der Ausarbeitung von Gesetzen, Verordnungen oder Aktionsplänen beteiligt werden, auch in Verbindung mit Abstimmungen.

Die Software wurde 2015 als Antwort auf Forderungen nach mehr demokratischer Beteiligung in Madrid entwickelt und wird mittlerweile weltweit von Städten und Kommunen für Beteiligungsverfahren genutzt. In Deutschland wird *Consul* seit 2020 für zahlreiche Projekte für Bürger:innenbeteiligung verwendet.

Mehr Informationen zu *Mehr Demokratie e.V.* gibt es unter <https://www.mehr-demokratie.de/>. Die Plattform *Consul* ist unter <https://consul.mehr-demokratie.info/> zu erreichen.

mehr als wählen e.V.

Die Initiative wurde 2017 von einer Gruppe junger Frankfurter:innen ins Leben gerufen, um ein Zeichen gegen Politikverdrossenheit zu setzen und sich vor Ort für neue und innovative Formen der Beteiligung einzusetzen. Im Fokus der Arbeit steht die Etablierung eines jährlich stattfindenden Bürgerrats in Frankfurt, dem Frankfurter Demokratiekonvent. *mehr als wählen* besteht aus 10 aktiven Mitgliedern und rund 20 Helfer:innen, alle arbeiten ehrenamtlich für den Verein.

Laura Taufkirch von *mehr als wählen* berichtet von der Arbeit des Vereins, der sich zum Ziel gesetzt hat, der Demokratie in Frankfurt mittels verschiedener Formate der Bürger:innenbeteiligung neue Impulse zu geben und einen nachhaltigen Austausch aller Mitglieder der Gesellschaft zu schaffen. Ein Projekt von *mehr als wählen* ist der Frankfurter Demokratiekonvent, der erstmals 2019 durchgeführt wurde. Der Demokratiekonvent stellt ein gutes Beispiel für gelungene Bürger:innenbeteiligung dar.

Laura Taufkirch möchte mit ihren Vereinskolleg:innen eine Form der Beteiligung in Frankfurt schaffen, die sich von bereits bestehenden Formaten dahingehend unterscheidet, dass sie besonders inklusiv ist und möglichst allen Gruppen innerhalb der Stadtgesellschaft Gehör verschafft. Der Frankfurter Demokratiekonvent als geloster Bürgerrat stellt eine solche Form inklusiver Bürger:innenbeteiligung dar. Hier wird ein Diskussionsforum geschaffen, in dem sich zufällig ausgewählte Bürger:innen einfach, effektiv und lösungsorientiert einbringen können. Solche Räte nehmen eine beratende Funktion ein und stärken die repräsentative Demokratie, sie treten nicht in Konkurrenz mit ihr, so Taufkirch. Das Konzept des Demokratiekonvents wird stets verbessert und erweitert, so wurden bspw. 2021 sog. Ideenwerk-

stätten eingeführt, um noch mehr Diversität und Inklusivität zu erreichen.

Der erste Frankfurter Demokratiekonvent fand 2019 zum Thema Bürger:innenbeteiligung statt, ein zweiter 2021 zum Thema Klimapolitik. Die Teilnehmenden des Demokratiekonvents werden nach dem Zufallsprinzip aus den Bürger:innen Frankfurts ausgelost und treffen sich an 3-4 Terminen, um sich – begleitet von Moderation und Expert:innen – zu einem bestimmten politischen Thema in Kleingruppen auszutauschen und Vorschläge für die Frankfurter Politik zu erarbeiten. Das Auslosen der Teilnehmenden ist dabei essenziell, damit unterschiedliche Menschen miteinander ins Gespräch kommen und Filterblasen aufgelöst werden. Zwei Drittel der Teilnehmenden des Frankfurter Demokratiekonvents werden ausgelost, ein Drittel besteht aus Menschen, die in der Stadtpolitik eher unterrepräsentiert sind.

Laura Taufkirch erzählt aber auch von Problemen und Herausforderungen, die ein solcher Bürgerrat mit sich bringt. Zum einen sei die Motivation der Eingeladenen nicht immer hoch genug, um auch tatsächlich am Demokratiekonvent teilzunehmen. Dies führe dazu, dass es wie bei anderen Partizipationsformaten auch zu sozialer Selektivität komme, d.h. es nehmen nur die Personen



Laura Taufkirch berichtet vom Frankfurter Demokratiekonvent als Beispiel für gelungene Bürger:innenbeteiligung.



Notizen des Vortrags über den Frankfurter Demokratiekonvent.

teil, die sich bereits für Politik interessieren und bei denen die Bereitschaft, sich einzubringen, bereits gegeben ist. Zum anderen sei eine Herausforderung auch die unzureichende mediale Aufbereitung, sodass das öffentliche Interesse nur sehr gering ausfalle. Abschreckend sind laut Taufkirch auch die Gruppengröße (60 Personen), die Dauer und dass der Demokratiekonvent am Ende lediglich eine beratende Funktion innehat.

Damit die Handlungsempfehlungen, die im Rahmen des Demokratiekonvents erarbeitet werden, auch umgesetzt werden, besteht ein Großteil der Vereinsarbeit aus Lobby- und Netzwerkarbeit, d.h. die Ergebnisse werden der Stadtverwaltung präsentiert und in zahlreichen Gesprächen mit Politiker:innen, Fraktionen und Personen aus der Stadtgesellschaft vorgestellt. Als Ergebnis der Gespräche nach dem ersten Demokratiekonvent 2019 initiierte die Stadt Frankfurt einen Leitlinienprozess für eine bessere Bürger:innenbeteiligung und gründete eine Arbeitsgruppe für die Vernetzung bestehender Partizipationsprojekte in Frankfurt.

Ein weiteres Ergebnis des Demokratiekonvents 2019 stellt der DemokratieWagen dar, eine Art rollendes Wohnzimmer, das durch Frankfurt fährt und Raum für Gespräch bietet. Als mobiler Ort für gesamtgesellschaftlichen Austausch soll der DemokratieWagen (ein umgebauter Gelenkbus) auch Menschen erreichen, die sonst von der Stadtpolitik nicht erreicht werden und sie niedrigschwellig an Partizipation heranführen. Finanziert wird das Projekt durch Stiftungen, die Stadt und über Crowdfunding.

Die Ideen des **Frankfurter Demokratiekonvents 2019** auf einen Blick:

- 1) **Plattform für Frankfurter Bürgerdialog**, die eine Teilhabe an Entscheidungsprozessen für Bürger:innen sowie Kontakt zu Stadtpolitik und Verwaltung ermöglicht.
- 2) **Frankfurter Konvent als gelostes Gremium** soll konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung erarbeiten.
- 3) **Der DemokratieWagen als rollendes Wohnzimmer** lädt Frankfurter:innen zum Dialog ein und informiert über politische Beteiligungsmöglichkeiten und schafft so einen Austausch zwischen Stadt und Bürger:innen.
- 4) **Eine Stelle im Rathaus** soll neu geschaffen werden, die als Anlauf- und Beratungsstelle für zivilgesellschaftliche Initiativen die Politik wieder näher an die Basis rückt.

5) **Eine zentrale Anlaufstelle** soll die Verbindung zwischen Stadt und Bürger:innen herstellen, an bestehende Strukturen anknüpfen und Beteiligungsmöglichkeiten kommunizieren.

6) **Ein Instrument zur direkten Mitsprache** soll etabliert werden.

Die Ideen des zweiten **Frankfurter Demokratiekonvents 2021** auf einen Blick:

- 1) **Eine Kompetenzvermittlung Klimaschutz** bringt Expert:innen und Zivilgesellschaft zusammen, um gemeinsam neue Lösungen zur Erreichung der Klimaziele zu erarbeiten.
- 2) **Solardächer** sollen auf Frankfurter Schulgebäuden installiert werden.
- 3) **Ein Klimaschutzfonds** soll lokales grünes Investieren ermöglichen und klimapolitische Maßnahmen refinanzieren.
- 4) **Nachhaltige Begegnungsorte** sollen geschaffen werden.

Mehr Informationen zu *mehr als wählen e.V.* gibt es unter <https://www.mehralswaehlen.de/>. Die Seite des Frankfurter Demokratiekonvents ist unter <https://www.demokratiekonvent.de/> zu erreichen.

Liquid Democracy e.V.

Der Verein aus Berlin will Demokratie partizipativer, transparenter und gleichberechtigter machen. Dafür konzipiert und plant *Liquid Democracy* Beteiligungsverfahren für Verwaltungen, Institutionen, Parteien und andere Organisationen. *Liquid Democracy* entwickelte die freie Beteiligungssoftware *Adhocracy+*, mit der digitale Demokratie praktisch umgesetzt werden kann. Das interdisziplinäre Team besteht aus 18 Mitgliedern.

Marie-Kathrin Siemer und Frederik Wegener von *Liquid Democracy* wollen Demokratie und Beteiligung für alle und überall möglich machen. Dafür stellen sie digitale Lösungen und Tools für digitale Bürger:innenbeteiligung vor. Die Vision des Vereins ist eine demokratische Kultur, in der Mitgestaltung für jede:n selbstverständlich ist. Dafür entwickelt *Liquid Democracy* frei zugängliche digitale Tools, die dabei helfen sollen, Partizipationsprozesse umzusetzen. Für Siemer und Wegener erleichtert digitale Beteiligung neue Möglichkeiten und Wege, sich einzubringen und gemeinsam Lösungen zu finden. Digitale Tools könnten auch als Ergänzung zu Veranstaltungen vor Ort eingesetzt werden und machen Prozesse und Entscheidungen für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar. Online-Beteiligung schafft es, dass sich mehr interessierte Menschen schnell und unkompliziert einbringen können.

Siemer und Wegener stellen die Open-Source-Plattform *adhocracy+* vor, auf der die Erfahrungen des Vereins zum Thema digitale Teilhabe gebündelt und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Plattform lässt sich einfach ohne Installation und technisches Vorwissen nutzen, die Nutzung ist kostenlos. Mit *adhocracy+* lassen sich schnell eigene Beteiligungsprojekte starten. Auf der Plattform können Teilnehmer:innen im Rahmen

der Projekte auch neue Ideen einbringen und diese mit anderen diskutieren, sie kommentieren und bewerten. *adhocracy+* werde bereits von Städten und Gemeinden wie Lindau oder Hamburg für Beteiligungsprojekte genutzt, aber auch Hochschulen und Universitäten nutzen die Plattform für eigene Projekte und Befragungen. Der Vorteil für Kommunen liege vor allem darin, Entscheidungsprozesse für Bürger:innen sichtbar zu machen und sie direkt an Entscheidungen zu beteiligen.

Laut *Liquid Democracy* sprechen [6 Gründe für eine digitale Beteiligung](#):

- 1) Digitale Beteiligung öffnet den Kreis der Teilnehmenden**, mehr Menschen können zeit- und ortsunabhängig an Entscheidungsprozessen teilhaben, diese Zielgruppendifferenz erweitert den Horizont und verbessert die Ergebnisse.
- 2) Digitale Beteiligung erhöht die Akzeptanz der Ergebnisse**, wer mitentscheiden kann, ist eher bereit, auch unpopuläre Entscheidungen zu akzeptieren.
- 3) Digitale Beteiligung stärkt Zusammenhalt und Demokratie**, durch den Austausch mit anderen wird das Verständnis für andere Sichtweisen gefördert und eine respektvolle Streitkultur als Voraussetzung für demokratisches Zusammenleben wird gestärkt.



Frederik Wegener und Marie-Kathrin Siemer stellen die Arbeit von Liquid Democracy und die Plattform *adhocracy+* vor.

Brainstorming Die Teilnehmer*innen können eigene Ideen einreichen und die Ideen Anderer diskutieren.	Brainstorming mit Karte Die Teilnehmer*innen können eigene Ideen auf einer Karte eintragen und die Ideen Anderer diskutieren.	Ideenwettbewerb In einer ersten Phase können die Teilnehmer*innen eigene Ideen einreichen und die Ideen Anderer diskutieren. In einer zweiten Phase werden die Ideen bewertet (dafür/dagegen).
Auswählen	Auswählen	Auswählen

Auf der Plattform *adhocracy+* lassen sich ganz einfach Beteiligungsprojekte planen und umsetzen.

4) Digitale Beteiligung schafft Unabhängigkeit von Raum und Zeit, Menschen können angepasst an ihren Lebensrhythmus an Entscheidungsprozessen teilhaben, Offline-Formate können hierbei als Ergänzung dienen.

5) Digitale Beteiligung fördert Transparenz und Vertrauen, Bürger:innen können die Entscheidungsprozesse nachvollziehen und am Prozess teilhaben, Korruption und Machtmissbrauch kann so entgegengewirkt werden.

6) Digitale Beteiligung ist flexibel und skalierbar, mit *adhocracy+* und anderen Tools können vielfältige Themen und Projekte umgesetzt werden, die Zahl der Teilnehmer:innen ist unbegrenzt, Beteiligungszeiträume können bei Bedarf verlängert werden, Prozesse können so mit digitalen Tools methodisch ergänzt werden.

Nach der Registrierung lassen sich so als Organisation zahlreiche Beteiligungsprojekte durchführen. Mithilfe von 10 Modulen lassen sich Beteiligungs- und Diskussionsprozesse digital abbilden:

Brainstorming

Teilnehmer:innen können eigene Ideen einreichen und die Ideen anderer Beteiligten diskutieren.

Brainstorming mit Karte

Auf einer Karte lassen sich eigene Ideen eintragen und andere Ideen diskutieren.

Ideenwettbewerb

Teilnehmer:innen können eigene Ideen einreichen, in einer zweiten Phase können diese dann bewertet werden.

Ideenwettbewerb mit Karte

Teilnehmer:innen können eigene Ideen auf einer Karte eintragen, in einer zweiten Phase können diese dann bewertet werden.

Text diskutieren

Die Teilnehmer:innen können einen eingestellten Text absatzweise diskutieren.

Umfrage

Hier können Multiple-Choice-Fragen beantwortet und kommentiert werden.

Bürgerhaushalt

Die Teilnehmer:innen können eigene Vorschläge auf einer Karte eintragen und mit einem Budget versehen. Die Ideen anderer können diskutiert und bewertet werden.

Interaktive Veranstaltung

Hier lassen sich online live Fragen stellen, die von anderen Teilnehmer:innen unterstützt werden können. Als Moderation lassen sich die Fragen sortieren.

Priorisierung

Die Teilnehmer:innen können Ideen und Themen disku-

tieren und bewerten.

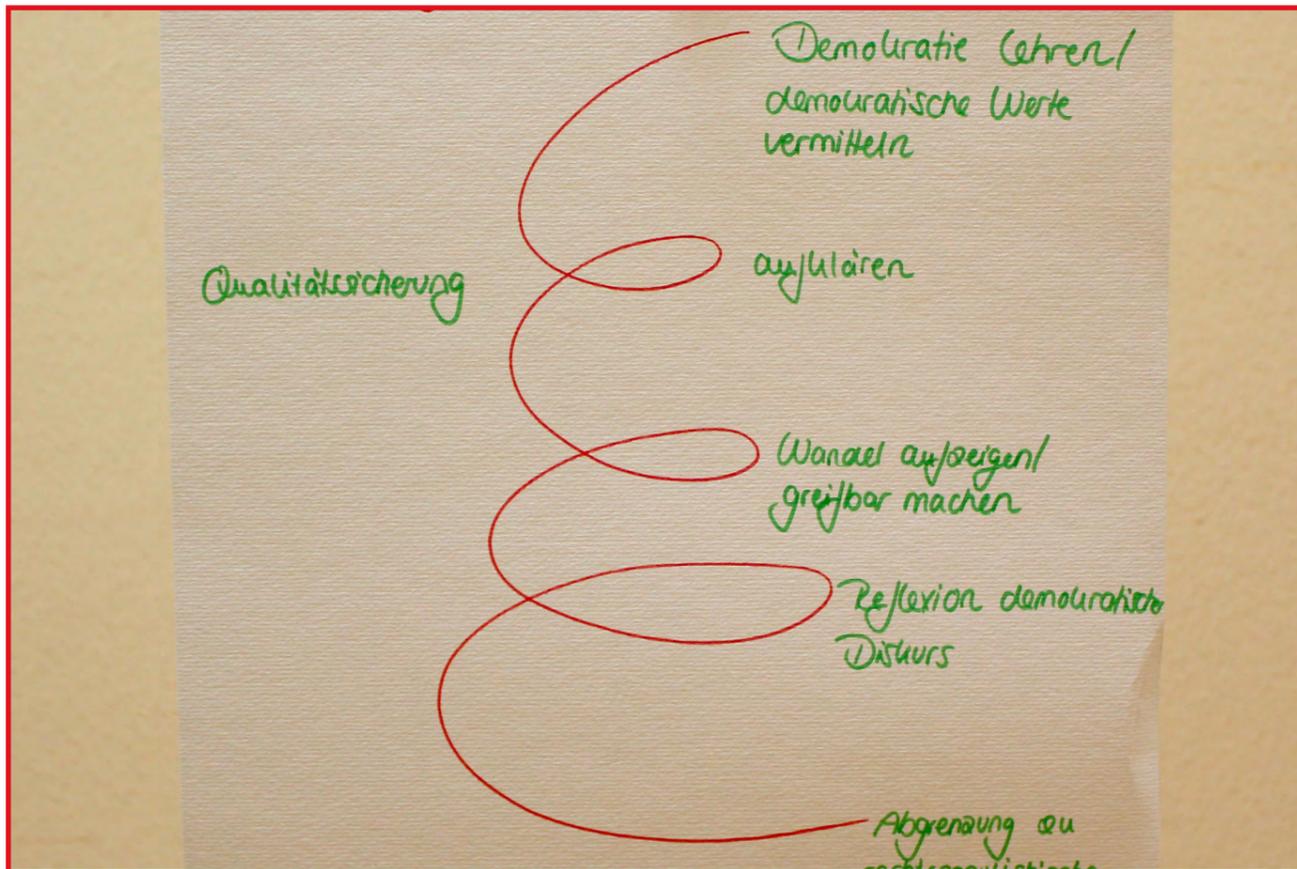
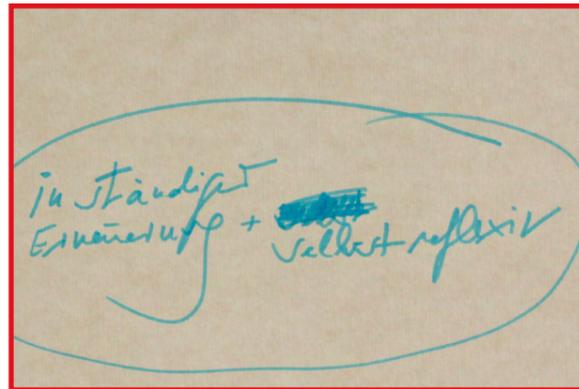
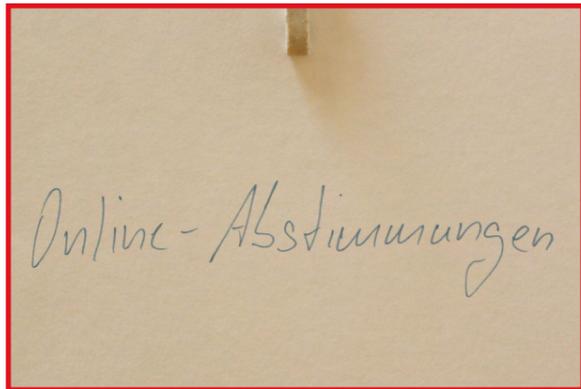
Debattenmodul

Hiermit lassen sich strukturierte Diskussionen führen, die eigenen Beiträge lassen sich als Vorschlag, Anmerkung oder Frage kennzeichnen.

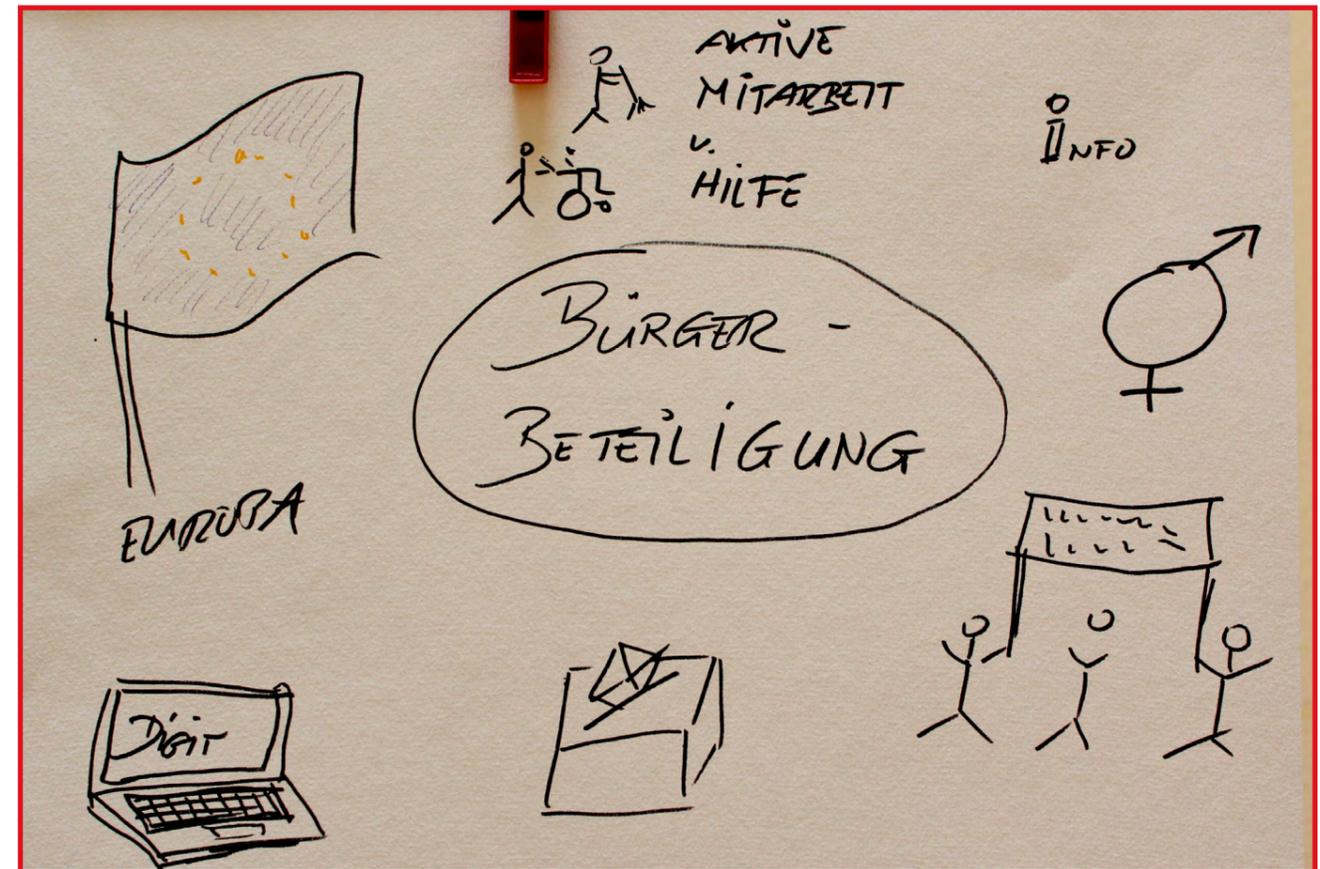
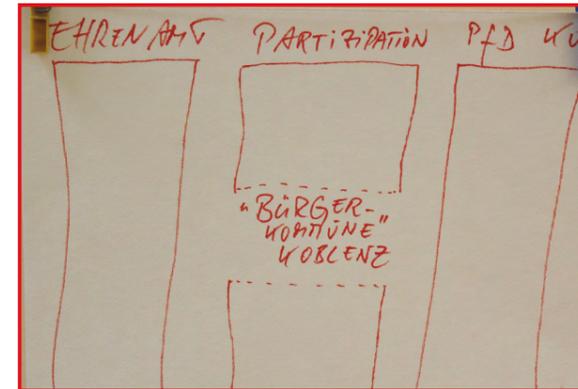
Mehr Informationen zu Liquid Democracy e.V. gibt es unter <https://liqd.net/de/>. Die Plattform *adhocracy+* ist unter <https://adhocracy.plus/> zu erreichen.

Bürger:innenbeteiligung

Wie sollte Bürger:innenbeteiligung in 5 Jahren aussehen? Die Teilnehmer:innen wurden am ersten Tag gebeten, sich während des Fachtags Gedanken zu dieser Frage zu machen und sich auszumalen, wie für sie Bürger:innenbeteiligung in 5 Jahren aussieht. Die grafischen Visionen reichen von Stichworten über Mindmaps bis hin zu kreativen Gedankenvisualisierungen und sind hier zu sehen.



in 5 Jahren



Vorschläge für Koblenz

Im Anschluss an die Inputs erarbeiteten die Teilnehmer:innen Vorschläge dafür, wie in Koblenz mehr demokratische Beteiligung etabliert werden kann und was es für die Umsetzung benötigt. Diese dienten dann am zweiten Tag als Diskussionsgrundlage. Hier wurden Gedanken und Kommentare der Teilnehmenden zu den Vorschlägen an Pinnwänden gesammelt und bewertet. Demnach sollte in Koblenz ein Bürgerrat und neue digitale Beteiligungsverfahren geschaffen werden.

Zielgruppenorientierung

Zu diesem Thema sammelten die Teilnehmer:innen vor allem viele Fragen: Wie können mehr junge Menschen erreicht werden? Wie können Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderung (Stichwort ‚Barrierefreiheit‘) oder andere Minderheiten besser eingebunden werden? Wie können technische Hürden und fehlende IT-Kenntnisse (bei digitalen Prozessen) z.B. bei älteren Menschen aufgefangen werden? Wie können Menschen zwischen 30-45 erreicht werden, die häufig in familiären Verpflichtungen (Care-Arbeit) gebunden sind? Wie können Menschen mit unterschiedlichen bildungspolitischen Hintergründen einbezogen werden (z.B. durch Erklärung von Fachbegriffen, Verwendung einfacher Sprache)? Man müsse sich auch bewusst machen, wie groß die jeweiligen Gruppen sind und dass unterschiedliche Zielgruppen auch unterschiedliche Formate und Ansprache benötigen.

Demokratische und digitale Verwaltung

Hier stand die Frage im Raum, was die Verwaltung benötigt, um demokratischer und digitaler zu werden. Dafür müsse für Beteiligungsverfahren der IT-Bereich innerhalb der Verwaltung eingebunden werden, auch müssten die entsprechenden Ressourcen vorhanden sein. Ein weiterer wichtiger Punkt der Teilnehmer:innen

war die Nachvollziehbarkeit von Prozessen sowie ein niedrigschwelliger Zugang und verständliche Informationen für die Bürger:innen. Weiterhin müsse das Vertrauen in die Bürger:innen von Seiten der Verwaltung gegeben sein. Auch wurde ein Abbau bürokratischer Hürden sowie eine Schulung oder Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiter:innen gefordert.

Auf- und Ausbau digitaler Beteiligungsverfahren

Die Teilnehmer:innen sammelten ihre Gedanken zur Frage, wie digitale Beteiligungsverfahren umgesetzt werden können. Mit Open-Source-Software (z.B. *adhocracy+* oder *Consul*) könnten bspw. mehr Menschen bzw. noch weitere Zielgruppen erreicht werden. Dafür müssten zunächst die finanziellen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Ein wichtiger Punkt war auch hier der einfache Zugang (auch barrierefrei?). Als ein Vorschlag zur besseren Sichtbarmachung wurde das Prinzip der Gamification genannt, wobei bestimmte Zielgruppen spielerisch (z.B. durch Online-Games) ans Thema herangeführt werden können.

Partizipationsbeauftragte:r

Ein Vorschlag war die Schaffung einer Stabsstelle ‚Partizipation‘ beim Oberbürgermeister. Ein:e solche:r

Partizipationsbeauftragte:r hätte dann eine gewisse Entscheidungsmacht und könnte Prozesse bündeln und koordinieren und ein Netzwerk aufbauen. Hier stellte sich für die Teilnehmenden die Frage, welchen personellen und zeitlichen Umfang eine solche Stelle haben sollte.

Alternative Organisationsstruktur

Alternativ zur Stelle einer:ines Partizipationsbeauftragten wurde vorgeschlagen, eine Organisationsstruktur aufzubauen, die sich um das Thema Beteiligung kümmert. Hier wäre eine Kooperation zwischen Stadt (z.B. Statistikstelle), Universität (Fachbereich 2), eines Bürgerrats und ggf. der Landeszentrale für politische Bildung denkbar. Die Transferarbeit könnte über einen Verein erfolgen. Ein Vorschlag war hier auch eine Art Rotationssystem, bei dem die entsprechende Verantwortung in bestimmten zeitlichen Abständen an andere Personen übergeht. Hier müssten aber dem Auftrag angemessene Ressourcen vorhanden sein. Mögliche Mitarbeiter:innen müssten vorab auch entsprechend geschult werden

Bürgerrat

Ein Vorschlag war die Einrichtung eines Bürgerrats für Koblenz. So könnten bestimmte Themen über Räte weiterentwickelt werden. Die Frage hierbei war, ob ein solcher Rat ausschließlich aus gelosten Teilnehmer:innen besteht oder ob zusätzlich auch über aufsuchende Beteiligung bestimmte Zielgruppen zur Teilnahme motiviert werden können (wie beim Frankfurter Demokratiekonvent). Generell sollte die Teilnahme möglichst niedrigschwellig sein und Hürden bei der Beteiligung (z.B. sprachliche Hürden) müssten genommen werden. Auch müsse die Anbindung an die Politik (überparteilich) sichergestellt werden und die Wirksamkeit eines solchen Rates für die Teilnehmenden ersichtlich sein. Unklar sei hier noch, wie die Qualität des Rats sichergestellt wer-

den kann, welchen zeitlichen Umfang ein solcher Bürgerrat hat und welche Themen diskutiert werden sollten. Vorgeschlagen wurde für die Etablierung eines Bürgerrats auf die Erfahrungen und das Netzwerk der Partnerschaft für Demokratie in Koblenz zurückzugreifen.

„Lobbyarbeit“ für mehr Bürger:innenbeteiligung

Ein weiterer Vorschlag war, in Koblenz für Bürger:innenbeteiligung „Lobbyarbeit“ zu leisten. Es müsse vor allem Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden, um über die Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Auch müsste ein Netzwerk aufgebaut werden bzw. Verbündete für eine gemeinsame Sache in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gefunden werden.

Nachdem die Teilnehmer:innen ihre Gedanken, Fragen und Kommentare zu den einzelnen Vorschlägen an den Pinnwänden angebracht hatten, wurden die Vorschläge bewertet. Die Anwesenden sollten die Themen markieren, die sie besonders diskussionswürdig finden. Diese wurden dann anschließend im Rahmen des World Cafés in Kleingruppen intensiver diskutiert. Es kristallisierten sich zwei Themen heraus, die die Teilnehmer:innen als besonders wichtig und passend für Koblenz bewerteten:

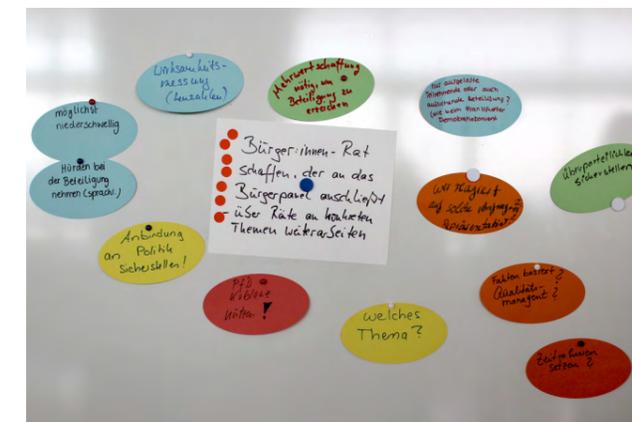
- 1) Einrichtung eines Bürgerrats nach Vorbild des Frankfurter Demokratiekonvents und Entwicklung einer entsprechenden Organisationsstruktur
- 2) Digitale Beteiligung mithilfe digitaler Tools (z.B. *adhocracy+* oder *Consul*)



Vorschlag: Aufbau digitaler Beteiligungsverfahren in Koblenz



Vorschlag: Aufbau einer Organisationsstruktur für den Aufbau von Bürger:innenräten



Vorschlag: Bürger:innenräte in Koblenz

World Café

Im Rahmen eines World Cafés wurden in Kleingruppen die zwei Themen **Bürgerrat** und **Aufbau einer entsprechenden Organisationsstruktur** und **digitale Beteiligung** diskutiert. Nach einer ersten Diskussionsrunde wechselten die Gruppenmitglieder, sodass am Ende eine Vielfalt an Ideen und Ansätzen auf Karteikarten gesammelt werden konnte. Die Karten wurden an Pinnwänden thematisch geordnet, so ergab sich eine Übersicht der Gedankenschwerpunkte der Teilnehmer:innen.

Bürgerrat

Die Teilnehmer:innen hatten verschiedene Ideen, was die Organisation und Struktur eines solchen Rats in Koblenz angeht. Ein Vorschlag war, die Organisation und Begleitung von einer externen Stelle durchführen zu lassen, nicht durch die Stadtverwaltung. Dies könne bspw. ein (neu gegründeter) Verein in Kooperation mit der Stadt übernehmen. Denkbar wäre auch ein solches Projekt an der Universität anzusiedeln. Alternativ könnten Arbeitsgruppen in bestehenden Vereinen oder der PFD Koblenz gegründet werden, die den Rat organisieren. Wichtig sei vor allem eine geeignete Stelle mit einem Budget zu schaffen bzw. ein Netzwerk für eine Finanzierung aufzubauen.

Die Teilnehmer:innen könnten per Los aus den Bürger:innen in Koblenz bestimmt werden (ggf. in Verbindung mit dem Bürgerpanel). Dabei müsse auf die Gruppengröße geachtet werden, die so gewählt werden sollte, dass auch bei Nichterscheinen einzelner Teilnehmende noch ein arbeitsfähiger Rat bestehen bleibt. Bei der Auswahl der Teilnehmenden sollte, je nach Möglichkeit, auf Repräsentativität geachtet werden (Stadtteil, Alter, Geschlecht, etc.). Um bestimmte unterrepräsentierte Gruppen zu erreichen, wäre eine zusätzliche aufsuchende Beteiligung denkbar, bspw. im Verhältnis 2/3 zu 1/3 wie beim Frankfurter Demokratiekonvent, bei dem gezielt bestimmte Personengruppen eingeladen werden teilzunehmen. Der Zugang sollte in jedem Fall mög-



Gesammelte Ideen zum Thema Bürger:innenrat als Ergebnis des World Cafés.

lichst niedrigschwellig und barrierefrei sein, damit alle die Möglichkeit haben, ihrer Stimme im Rahmen eines solchen Rats Gehör zu verschaffen. Dies kann z.B. über Dolmetscher:innen oder die Verwendung einfacher Sprache geschehen. Die Auswahl der Teilnehmer:innen müsse auf jeden Fall repräsentativ sein. Um die Motivation zur Teilnahme zu erhöhen, könnten bei Veranstaltungen in Koblenz oder durch die verschiedenen Beauftragten und Beiräte in Koblenz über den Bürgerrat informiert werden. Anreize zur Teilnahme könnten bspw. auch über Gutscheine oder eine Ehrenamtskarte geschaffen werden.

Wichtig sei auch, die Anbindung an die Politik sicherzustellen sowie auf eine überparteiliche Ausrichtung zu achten. Auch sollte entsprechend transparent gemacht werden, was von der Politik umgesetzt wird. Eine Messung der Wirksamkeit eines solchen Rats dient dem Qualitätsmanagement und erhöht die Bereitschaft für zukünftige Teilnahmen. Nur wenn der Mehrwert der Teilnahme für die Bürger:innen ersichtlich ist, sind sie auch bereit teilzunehmen.

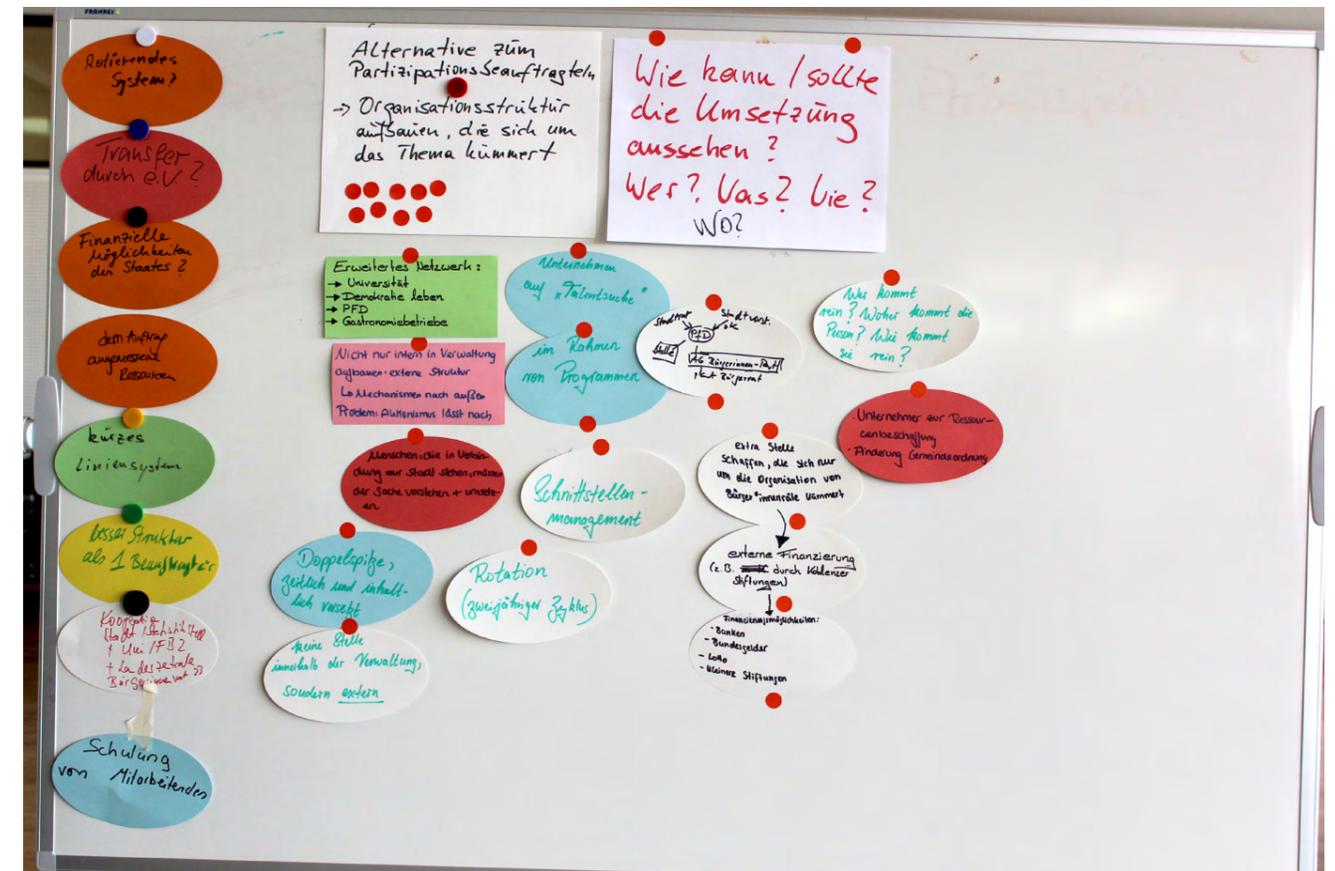
Je nach Thema sollten Expert:innen eingeladen wer-

den, die die Teilnehmer:innen informieren und mit ihrem Fachwissen zur Seite stehen. Geleitet werden sollte der Bürgerrat von einem externen Moderationsteam. Denkbar sind auch hybride Formate, die Beteiligungsschwellen abbauen.

Ein Thema, das bedacht werden müsse, sei der Umgang mit sog. Querdenker:innen. Wie geht man um mit demokratiefeindlichen Aussagen und Haltungen innerhalb des Teilnehmer:innenkreises? Dies gilt es bei der Organisation zu beachten.

Aufbau einer entsprechenden Organisationsstruktur

Um einen Bürgerrat in Koblenz zu etablieren, schlugen die Teilnehmer:innen den Aufbau einer gesonderten Organisationsstruktur vor, bspw. die Schaffung einer Stelle, die sich nur um die Organisation von Bürgerräten kümmert. Diese könnte in einer Art Doppelspitze oder rotierendem System besetzt werden. Die Stelle müsste entsprechend finanziert werden, z.B. durch Koblenzer Stiftungen, Banken oder Landes- und Bundesmittel bestimmter Programme. Diskussionswürdig war der Punkt, welche Rolle die Stadtverwaltung dabei spielen kön-



Die Ideen der Teilnehmer:innen zum Aufbau einer entsprechenden Organisationsstruktur.

ne. Aufgrund von Personal- und Ressourcenknappheit sei die Schaffung einer Stelle außerhalb der Stadtverwaltung wichtig, die Verbindung zur Stadtverwaltung sollte jedoch bestehen bleiben. Eine Kooperation mit der Statistikstelle wäre hier denkbar. Die Stelle sollte in einem Netzwerk eingebettet sein, Teil des Netzwerks könnten Universität, PFD Koblenz und Koblenzer Unternehmen sein. Möglich wäre auch die Gründung einer AG Bürgerrat innerhalb der PFD, die in Abstimmung mit Stadtrat und Stadtverwaltung und einer entsprechend geschaffenen Stelle die Organisation eines Bürgerrats übernimmt.

Digitale Beteiligung in Koblenz

Für die Umsetzung von Teilnahmeverfahren könnten sich die Teilnehmer:innen eine einheitliche Plattform für Koblenz und Umgebung vorstellen, die einfach und ohne Vorwissen bedienbar ist, bei der Teilnahmeprojekte vorgestellt und durchgeführt werden können. Durchführen ließen sich solche Projekte mit Open-Source-Software wie *adhocracy+* oder *Consul*. Denkbar sei auch, dass Dokumente und Informationen einsehbar gemacht werden, die von Bürger:innen kommentiert werden können, wenn sie bspw. nicht bei Präsenzveranstaltungen

anwesend sind.

Generell müssten die technischen Voraussetzungen gegeben sein, dies setze aber politische Entscheidungen voraus. Für die Bürger:innen müsse auch der Nutzen solcher Projekte erkennbar sein, Prozesse und Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Auch müssten Ideen der Bürger:innen gehört werden und auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden. Die Gruppenmitglieder verstehen Beteiligung als lernenden Prozess, bei dem auch über Workshops etc. informiert und aufgeklärt werde. Digitale Beteiligung habe den Vorteil, die Zielgruppen zu erweitern.

Zunächst sollte in kleinen Kreisen (in einzelnen Abteilungen, Organisationen, etc.) begonnen werden, digitale Beteiligung z.B. mithilfe von *adhocracy+* umzusetzen. In einem zweiten Schritt könnten dann die Erfahrungen nach außen kommuniziert werden, um die Arbeit mit der entsprechenden Software bekannter zu machen. Innerhalb des Seniorenbeirats soll in Zukunft eine Art Probeauftrag mit digitalen Beteiligungsmöglichkeiten starten.



Die Vorschläge zum Aufbau digitaler Teilnahmeverfahren.

Wie geht es weiter?

Im Anschluss an das World Café wurden die Ergebnisse im Rahmen einer Gruppendiskussion besprochen. Dabei wurde mit den Vertreter:innen aus Stadtverwaltung, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor allem die Idee eines Bürgerrats für Koblenz diskutiert. Welche Schritte sollen nun unternommen werden, um mehr demokratische Beteiligung in Koblenz zu ermöglichen?

Wie kann nun ein Bürgerrat in Koblenz umgesetzt werden? Der Fachtag wurde von den Teilnehmer:innen als Impulsgeber für Stadtvorstand und Stadtrat gesehen, das Thema Beteiligung in Koblenz intensiver anzugehen. Ein Rat aus Bürger:innen wurde als Stärkung der konsultativen Demokratie in Koblenz verstanden, der die Meinung der Bürger:innen noch stärker im Blick hat. Auch artikulationschwache Gruppen in Koblenz könnten so gestärkt werden.

werden.

Einig waren sich die Teilnehmer:innen, dass „sie ins Machen kommen müssen“, ein erster Schritt dazu sei mit den Ergebnissen des Fachtags bereits getan. Nun heiße es weitermachen!

Ein Bürgerrat sollte nicht als Parallelstruktur zur Stadtverwaltung verstanden werden, sondern vielmehr als Ergänzung. Vorhandene Strukturen sollten aber eingebunden werden. Einig waren sich die Teilnehmer:innen, dass die Organisation eines solchen Bürgerrats nicht ehrenamtlich geleistet werden könne, entsprechende Fachkräfte müssten hauptamtlich beschäftigt und angemessen bezahlt werden. Bei der Umsetzung könnten digitale Tools wie die Plattform *adhocracy+* genutzt werden.

Das Thema Beteiligung und Bürgerrat soll zunächst im Jugendrat und Seniorenbeirat vorgebracht werden. Zusätzlich werden die Ergebnisse des Fachtags dem Begleitausschuss der PFD Koblenz präsentiert, es soll eine entsprechende Vorlage für den Stadtrat ausgearbeitet



In anregenden Diskussionen wird über Ideen für mehr Beteiligung in Koblenz beratschlagt.

Glossar

Aufsuchende Beteiligung

Menschen, die schwer zu erreichen sind oder sich selten beteiligen, werden in ihrem alltäglichen Umfeld aktiv aufgesucht, um mit ihnen in Dialog zu treten oder zu Beteiligungsprozessen einzuladen. Beispiele sind der DemokratieWagen in Frankfurt oder die direkte Einladung bestimmter unterrepräsentierter Gruppen für einen Bürgerrat.

Bürgerhaushalt

Instrument der Bürger:innenbeteiligung bei der Verwendung öffentlicher Gelder, Bürger:innen werden dabei aktiv in die Entscheidungen und Planungen mit einbezogen.

Bürgerpanel Koblenz

Das Bürgerpanel ist eine regelmäßig stattfindende Befragung der Bürger:innen in Koblenz. Durchgeführt wird das Bürgerpanel von der Fachdienststelle Kommunalstatistik und Stadtforschung der Stadt. Per Zufall werden Bürger:innen aus dem Melderegister ausgelost und zu bestimmten Themen befragt.

Bürgerrat

Per Losverfahren werden Bürger:innen ausgewählt, um gemeinsam Empfehlungen für die Politik zu erarbeiten. Bürgerräte können auf kommunaler Ebene aber auch auf Bundesebene stattfinden.

Deliberative Demokratie

Zentral ist die öffentliche Beratung und Teilhabe der Bürger:innen an Kommunikations- und Entscheidungsprozessen. Das Konzept der Deliberation beruht u.a. auf Habermas' Diskurstheorie, nach der die Beratung geprägt sein soll durch den Austausch von Argumenten, Inklusion und Öffentlichkeit.

Direkte Demokratie

In der direkten Demokratie werden politische Entscheidungen direkt vom Volk getroffen. Beispiele für direkte Demokratie in Deutschland sind Bürgerentscheide und Volksbefragungen.

Repräsentative Demokratie

Politische Entscheidungen werden von Volksvertreter:innen getroffen, die Ausübung demokratischer Rechte der Bürger:innen ist auf Wahlen und Mitarbeit in Parteien beschränkt.

Partnerschaft für Demokratie

Koblenz wird seit 2018 als lokale Partnerschaft für Demokratie durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Damit unterstützt die Stadt Koblenz zivilgesellschaftliches Engagement für mehr Demokratie und Vielfalt und gegen jegliche Form von Extremismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

World Café

Methode für Tagungen, Workshops usw. bei der die Teilnehmenden miteinander ins Gespräch kommen sollen. Problem- und Fragestellungen werden in Kleingruppen intensiv diskutiert. Durch das Wechseln der Gruppen können bestimmte Aspekte vertieft werden. Im Anschluss werden die Ergebnisse im Rahmen einer Abschlussdiskussion präsentiert.